



## Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates der Stadt Rheinfelden

26. Gemeinderatssitzung vom 23. August 2021, Artikel Nr. 2021-234

---

Fachstelle / Tel.Nr.: +41 61 835 52 48

---

2021-234            4.42.422            Gemeinderat

### **Verein "Mehr Farbe für Rheinfelden"; Projektvorschläge zur Belebung von Rheinfelden; Stellungnahme**

#### **I. SACHVERHALT**

Mit Brief vom 14. Juni 2021 gelangt der Verein „Mehr Farbe für Rheinfelden“, vertreten durch Stadtratskandidat Michael Derrer, an den Gemeinderat. Der Verein unterbreitet zahlreiche Ideen, bittet um deren Prüfung und beantragt den Verein zu finanzieren.

#### **II. ERWÄGUNGEN**

1. Laut dem vorliegenden Schreiben bezweckt der vor den Stadtratswahlen gegründete Verein „Mehr Farbe für Rheinfelden“ und unter dessen Slogan der Briefverfasser Michael Derrer für das Exekutivamt kandidierte, die offene Diskussion von Ideen und Ansätzen, die Rheinfelden positiv beleben können, und die Mithilfe in deren Realisierung. Die Mission sei es, einen Mechanismus zu schaffen, um Vorschläge, Bedürfnisse und Wünsche zur Verbesserung des Lebens- und Arbeitsumfeldes der Stadt zu sammeln, zu generieren und zu kondensieren und ihre nachhaltige Umsetzung sicherzustellen. Die Stadt möge diese Tätigkeit finanzieren (spezialisierte Webseite, organisierte Treffen zur Diskussion, Bearbeitung und Formalisierung eingegangener Ideen, Marketing, spezialisierte Begleitung von Projekten).

Der Zweck des Vereins „Mehr Farbe für Rheinfelden“ ist aus Sicht des Stadtrates klassische politische Partizipation. Der Verein versucht, gesellschaftliche Ideen und Themen in die kommunale Agenda und Willensbildung einzubringen. Vorliegend soll dies durch eine Art institutionalisierter Prozess erfolgen, welchen sich der Verein zur Aufgabe machen und dafür städtische Ressourcen anfordern will. Dies ist für den Stadtrat schon aus Gründen der Gleichbehandlung anderer politischer Akteure nicht möglich. Anliegen von Bürgerinnen und Bürger, seien dies Ersuchen, die auf die Regelung eines allgemeinen politischen Gegenstands zielen, oder Beschwerden, die um Abhilfe eines individuell erfahrenen Umstandes auffordern, können jederzeit eingebracht werden und bedürfen keines gesonderten Gefässes. Die „Verbesserung des Lebens- und Arbeitsumfeldes“ ist per se Aufgabe des Stadtrates. Diese Aufgabe nimmt er mit zahlreichen Mitwirkungs- und Planungsinstrumenten und im Rahmen der demokratischen Prozesse wahr. Eine neue Plattform für eine niederschwellige Möglichkeit zur Mitwirkung müsste

aus Sicht des Stadtrates an die städtischen Strukturen angebunden werden und kann nicht von einem Verein wahrgenommen werden.

Die Funktion eines politischen Akteurs kann ein Verein nur dann erfolgreich erfüllen, wenn er tiefe und tragfähige Wurzeln in der Gesellschaft schlägt. Nur wenn es einer Organisation gelingt, die Problem-sichten und Anliegen der Bevölkerung in angemessener Form in sich aufzunehmen und in den eigenen Reihen zu validieren, kann sie sich erfolgsversprechend an politischen Prozessen und der demokratischen Willensbildung beteiligen. Vorliegend muss diese Voraussetzung für den seit knapp drei Monaten bestehende Verein „Mehr Farbe für Rheinfelden“ zumindest bezweifelt werden. Der Verein konnte aufgrund einer statutarischen Bestimmung auf Anfrage keine Mitgliederliste zur Verfügung stellen. Es kann daher nicht beurteilt werden, wie breit die Organisation abgestützt ist.

Ein mit dem Anliegen des Vereins „Mehr Farbe für Rheinfelden“ vergleichbare Vereinigung unter dem Namen „Einwohnerforum“ wurde vor rund 8 Jahren gegründet und ist wieder verschwunden. Dieser Verein hatte den Zweck „die Mitsprache der Einwohnerinnen und Einwohner von Rheinfelden bei der Gestaltung ihres Lebensraums zu fördern“. Später entstand die Vereinigung „Unser Rheinfelden“ mit vergleichbarem Anliegen. Heute ist auch diese Vereinigung nicht mehr präsent.

Zusammenfassend handelt es sich bei den Ideen des Vereins „Mehr Farbe für Rheinfelden“ um politische Vorstöße. Die Gründung des Vereins fällt zusammen mit der Kandidatur des Präsidenten des Vereins für den Stadtrat und dem in diesem Zusammenhang erfolgten Ausschluss von Michael Derrer aus der GLP Ortspartei. Eine Finanzierung des Vereins „Mehr Farbe für Rheinfelden“ über öffentliche Mittel ist ausgeschlossen. Im politischen Wettbewerb stellen die finanziellen Mittel eine wichtige Komponente dar, mit deren Hilfe sich Parteien und Organisationen die Aufmerksamkeit der Bevölkerung und damit den politischen Erfolg sichern.

2. Die politische Agenda wird einerseits durch die Personenwahl in die entsprechenden Gremien bestimmt. Andererseits werden die gesellschaftspolitischen Handlungsfelder und Themen über verschiedene Planungsinstrumente und Strategiepapiere definiert (Leitbild, Entwicklungskonzepte, Investitionsplanung etc.), zu welchen kommunale Kommissionen, Politik, Wirtschaft und Bevölkerung zur Mitwirkung eingeladen sind. Für jeweils eine Amtsperiode bestimmt der Gemeinderat im Rahmen eines Legislaturprogrammes und mit rollender Investitions- und Finanzplanung die Themenschwerpunkte und Handlungsfelder. Grundlage hierfür ist unter anderem auch eine Bevölkerungsbefragung. Seit 2006 führt das Marktforschungsinstitut LINK im Auftrag der Stadt Rheinfelden alle vier Jahre zum Beginn der neuen Legislaturperiode eine repräsentative Bevölkerungsbefragung durch. Mit diesen Ergebnissen erhält die Stadt eine objektive, valide Datenbasis, die zum einen gesellschaftliche Sachverhalte beschreibt und zum anderen als Indikator für die Akzeptanz und Relevanz aktueller und geplanter Massnahmen dient.
3. Vorliegend unterbreitet der Verein „Mehr Farbe für Rheinfelden“ eine Sammlung an Ideen, die im Kontext der verschiedenen strategischen Grundlagenpapiere und Planungsinstrumente betrachtet und eingeordnet werden müssen. Es muss geprüft werden, ob die vorgetragenen Anliegen einerseits mit den strategischen Zielen im Einklang stehen und andererseits, ob diese Anliegen gesellschaftliche Relevanz geniessen und ihnen demzufolge die nötige Priorität beigemessen werden soll. Dies kann vorliegend aufgrund der Fülle von Ideen schon aus Ressourcengründen nur summarisch erfolgen:

**a. Leihveloverbindung Sole Uno – Altstadt**

Begründung: *Thomas Kirchhofer würde ein solches Angebot unterstützen, das dem Gewerbe in der Altstadt zugutekäme. Wer die Velos kurz nutzt und am vorgesehenen Ort abstellt, müsste nichts be-*

zahlen. Es sollten auch zusätzliche Veloabstellorte am Bahnhof und ggfs. an weiteren Orten geprüft werden.

Stellungnahme: Mit dem Kommunalen Gesamtplan Verkehr hat der Stadtrat aufgezeigt, dass die Förderung des Fuss- und Radverkehrs sehr wichtig ist, damit Autoverkehr wo immer möglich vermieden werden kann. Vor diesem Hintergrund wurde bereits vor einigen Jahren in Zusammenarbeit mit der Schwesterstadt Rheinfelden Baden unter anderem auch die Einführung eines grenzüberschreitenden Leih-Velo-Angebotes geprüft.

Damit ein solches System Erfolg haben kann, braucht es ein gutes Grundangebot, wie Erfahrungen in anderen Städten gezeigt haben. Konkret müssen die Nutzenden verschiedene Abgangsorte und diverse Ziele einfach erreichen und dort das Velo zurücklassen können. Geprüft wurden deshalb von Beginn an vier bis sechs Stationen in den beiden Rheinfelden mit insgesamt 30 bis 40 Velos sowie eine Bewirtschaftung über die Landesgrenze aus einer Hand. Aufgrund der hohen Investitions- und Unterhaltskosten in Verbindung mit dem bescheidenen Potential in unseren kleinstädtischen Strukturen wurde das Projekt vorerst nicht weiterverfolgt. Angefragte Betriebe – darunter auch das sole uno – zeigten damals wenig Interesse, die Idee auch in finanzieller Hinsicht mitzutragen. Der Stadtrat will ein Leihvelo-Angebot im Rahmen der aktuellen Bahnhofsentwicklung und der dort geplanten Velostation nochmals prüfen. Denkbar wäre namentlich ein Angebot mit einer überregionalen Anbieterin (z. B. Rent a Bike), was die Attraktivität für überkommunale Routen und namentlich auch die nationale Radroute für Tagestouristen steigern könnte. Eine bloße Leihvelo-Verbindung zwischen sole uno und Altstadt erscheint dem Stadtrat wenig erfolgsversprechend. Das sole uno liegt in 5 Minuten Fusswegdistanz zur Altstadt und der Weg führt durch den attraktiven Stadtpark.

#### **b. Rheinfelden als Stadt der Blumen**

Begründung: Ein Werkhofmitarbeiter könnte die Einwohnerinnen und Einwohner, welche ihre Fenster mit Blumen schmücken wollen, zu Beginn des Sommers fachgerecht unterstützen. Weitere Fördermassnahmen sind denkbar.

Stellungnahme: In den Jahren 2014 und 2015 beteiligte sich Rheinfelden zusammen mit der badischen Schwesterstadt am internationalen Wettbewerb „Entente Florale“. Im Rahmen dieses Wettbewerbes wurden u.a. alle Hauseigentümer\*innen eingeladen, ihre Liegenschaften mit Blumen zu schmücken. Die Beteiligung war sehr bescheiden, woraus eine private Initiative von Stadtrat Hans Gloor entstand, welche sogar die Blumen finanziert hätte. Auch diese Initiative fand keinen Anklang. Damals bestand die Idee und Absicht, die Fensterbänke in der Altstadt mit Blumen zu schmücken, welche kostenlos beim Blumengeschäft Flora Tina hätten bezogen werden können. Im Fachhandel hätten die Nutzenden auch eine Pflanzenanleitung erhalten. Aufgrund dieser Erfahrung verzichtet der Stadtrat derzeit auf eine Weiterverfolgung dieser Idee. Aktuell engagiert sich die Stadt mit dem Projekt „Natur findet Stadt“. Dieses Projekt fördert nicht nur den Blumenschmuck in der Stadt, sondern schafft kleine Naturoasen in Gärten und auf Balkonen, was der Biodiversität zugutekommen soll.

#### **c. Jugend-Erfahrungs- und Trainings-Zentrum (JETZT)**

Begründung: Diesen Projektvorschlag werden wir an der Gemeindeversammlung vom 17. Juni 2021 vorstellen. Ein mögliches Rheinfelder Gymnasium könnte durch ein solches Angebot sinnvoll ergänzt werden.

Stellungnahme: An der Einwohnergemeindeversammlung hat Michael Derrer die Idee eines „Jugend-Erfahrungszentrums“ skizziert, das Bedürfnisse der jungen Generation abdecken solle. Zur Finanzierung sei ein Teil des Erlöses aus dem Verkauf der Landparzelle für das Gymnasium vorzusehen. Mit

dem Zentrum würde u. a. Raum für Austausch, Aufenthalt, Bildungs- und Diskussionsanlässe, Mini-Theater und –Kino zur Verfügung gestellt. Aus Sicht des Stadtrates handelt es sich um eine sympathische Idee, für welche aber aktuell kein Bedürfnis zu erkennen ist und keine strategische Grundlage besteht. Die Stadt verfügt über ein vielfältiges Raumangebot für Seminare, Kultur- und Freizeitveranstaltungen, das mit dem Erwerb und der Sanierung des Bahnhofsaaes in den nächsten Jahren auch langfristig gesichert werden will. Alleine in den Bahnhofsaaal sind Investitionen von rund 14.5 Mio. Franken vorgesehen. Wenn sich eine private Trägerschaft für ein „Jugend-Erfahrungszentrum“ findet, wäre zu prüfen, in welchen Räumlichkeiten die Inhalte Platz finden würden.

**d. Gebühren auf den Parkplätzen in Altstadt-Nähe: Erste Stunde gratis**

Begründung: Die Vergünstigung würde ein Zeichen für Gäste setzen und in die Altstadt einladen.

Stellungnahme: Insbesondere im Stadtzentrum sind Parkplätze ein „rares Gut“. Entsprechend gross ist der Druck auf die freien Plätze und damit der Regulierungsbedarf. Nach den verkehrspolitischen strategischen Zielen des Kommunalen Gesamtplanes Verkehr und auf der Grundlage des Parkierungskonzeptes der Stadt Rheinfelden werden die öffentlichen Parkplätze im Siedlungsgebiet mit Ausnahme des Parkplatzes bei den Sportanlagen Schiffacker grundsätzlich bewirtschaftet. Bewirtschaftet bedeutet, dass entweder die Parkzeit beschränkt ist oder aber Gebühren erhoben werden. Dadurch gelingt es, den „Parkierungsdruck“ zu steuern. Grundsätzlich gilt, je näher ein Parkplatz an der Innenstadt liegt, desto höher ist der Regulierungsbedarf durch Zeitbeschränkung und Gebühren. In der Altstadt drinnen gilt deshalb eine Höchstparkzeit von 2 h. Die erste Stunde kostet 1 Franken, die zweite Stunde 2 Franken. In den Parkierungsanlagen um die Altstadt gelten progressive Tarife. Die erste Stunde kostet 50 Rappen. Die zweite Stunde kostet 1 Franken und die dritte Stunde 2 Franken. Es werden angebrochene Viertelstunden abgerechnet. Diese Tarife sind im Vergleich mit anderen Städten moderat. Eine weitere Vergünstigung würde den verkehrspolitischen Zielen widersprechen.

**e. Rheinsteg: Wurden seit der verlorenen Abstimmung neue Anläufe unternommen?**

Begründung: Gemäss einem ausgewiesenen Fachmann und Erbauer ähnlicher Brücken würden zusätzliche Tragsäulen im Rhein die Kosten substantiell senken, da sie die Spannweite der Brücke in kürzere Stücke unterteilt. Wurde diese Option geprüft, und könnte dieser Aspekt ggfs. neu verhandelt werden?

Stellungnahme: Eine Abstützung im Flussbett würde zu einem Fallhöhenverlust und einer Minderung der Stromproduktion führen, für welche die beiden Städte die Betreiberin des Kraftwerkes zu entschädigen hätten, soweit diese überhaupt ihr Einverständnis dazu geben würde. Dies ergaben Abklärungen im Vorfeld des Wettbewerbes, die als Grundlage in die Planungsaufgabe eingeflossen sind. Eine Abstützung wäre nur mit einer schlank gehaltenen Konstruktion im Randbereich der Unterwasserastiefung auf badischer Seite denkbar. Ob dies zu einer wesentlichen Kostenreduktion führen würde, ist fraglich und kann derzeit auch offen bleiben. Tatsache ist, dass rund die Hälfte der Gesamtkosten von rund 12.6 Mio. Euro durch Subventionen in den beiden Ländern finanziert worden wären. Diese sehr wesentlichen Beiträge Dritter sind verfallen. Ebenso ist mehr als fraglich, ob unsere Schwesterstadt – welche die nötigen Kredite bewilligte hatte – gewillt wäre, in einen neuen Planungsprozess einzusteigen, der 2019 durch Rheinfelden Schweiz jäh beendet wurde. Aus Sicht des Stadtrates bestehen derzeit keine politische Legitimation und kaum Aussicht auf Erfolg eines neuen Projektes. Der Rheinsteg wird deshalb vorerst nicht weiterverfolgt. Der Stadtrat hält aber im Rahmen des räumlichen Entwicklungskonzeptes in strategischer Hinsicht an je einer zusätzlichen Verbindung für den Fuss- und Radverkehr über den Rhein im Westen und im Osten der Stadt fest.

**f. Zeitfenster auf Telebasel**

Begründung: Zum Beispiel alle 14 Tage eine Sendung von 10 Minuten über Geschehnisse in Rheinfelden oder im Fricktal (Aktualität und Hintergrund) im Hinblick auf die Selbst- und Fremdwahrnehmung unserer Stadt.

Stellungnahme: Der Fernsehkonsum hat laut Bundesamt für Statistik seit 2005 um rund 25 % abgenommen. Gleichzeitig haben laut einer Studie der ZHAW insbesondere publizistische Angebote stetig an Bedeutung verloren. Vorwiegend Jugendliche lesen immer weniger Zeitung und Zeitschriften und konsumieren immer weniger klassische Medienangebote wie Radio und Fernsehen. Gleichzeitig haben das Internet und insbesondere soziale Medien massiv an Bedeutung gewonnen. Um Einwohnerinnen und Einwohner aber auch Gäste künftig besser zu erreichen, erwägt die Stadt eine Multikanalstrategie, welche künftig noch mehr auf die sozialen Medien setzt. Ein erster Schritt dorthin wurde dieses Jahr mit der Einführung der Plattform „Crossiety“, dem digitalen Dorfplatz der beiden Rheinfelden, unternommen. Die Kräfte der Stadt fokussieren derzeit auf diese Themen.

**g. Kunst und Kultur stärker ins Zentrum der Stadt rücken**

Begründung: Schaffung eines Kunst-Raums im Herzen der Stadt als offenes Atelier, das Menschen auch nach Ladenschluss zum Aufenthalt in der Altstadt einlädt und das Ziel der Entwicklung des kreativen Sektors und des Tourismus verfolgt. Zusätzlich dazu Nutzung oder Zwischennutzung leerstehender städtischer Liegenschaften durch Kunst- und Kulturschaffende als Atelier oder Ausstellungsraum. Wir könnten uns für das leerstehende Restaurant Drei Könige eine Zwischennutzung für kulturelle Anlässe vorstellen und wären bereit, uns in dieser Hinsicht aktiv zu engagieren. Gerne würden wir diese Räumlichkeiten einmal besichtigen, um zu sehen, in welchem Zustand das Gebäude ist.

Stellungnahme: Auf private Initiative wurden in den vergangenen Jahren kulturelle Zwischennutzungen in leer stehenden Ladenlokalen realisiert. Die Stadt hat diese Projekte jeweils mit Kulturfördermitteln unterstützt. In diesem Rahmen will sich die Stadt weiterhin engagieren. Gleichzeitig stehen mit Johannerkapelle, Kapuzinerkirche, Rotem Haus und der Kurbrunnenanlage vielfältige Kulturräume zur Verfügung, welche auch mit Unterstützung und finanzieller Hilfe der Stadt laufend bespielt werden und das städtische Leben vitalisieren. Bezüglich eines kulturellen Zentrums engagiert sich die Stadt wie bereits erwähnt für den Erwerb und die Sanierung des Bahnhofsaaes. Das Restaurant Drei Könige wird im Rahmen einer Zwischennutzung durch einen Kindergarten belegt. Für eine künftige Nachnutzung des Gebäudes und des Areals werden derzeit Studien durchgeführt.

**h. Ausgangsmöglichkeiten in Rheinfelden**

Begründung: Live-Musik-Angebote könnten durch die Stadt stärker gefördert werden.

Stellungnahme: Die Stadt Rheinfelden hat ein sehr regelmässiges und ausgewogenes Kulturangebot, das sie jährlich mit Mitteln von rund CHF 230'000.– fördert (ohne Beratungstätigkeit der städtischen Kulturfachstelle). Ein sehr wesentlicher Anteil fliesst in die Sparte Musik. Einzelne Sparten sind unterrepräsentiert, weil das Engagement von privaten Kulturakteuren fehlt und keine Förderanträge gestellt werden. Gute Ideen und tragfähige solide Konzepte sind willkommen und werden gerne geprüft. Mittel fließen zum Beispiel an die Organisation „PlugIn“ mit den „Live am Rhy“ – Konzerten im Stadtpark oder an das Live-Musik-Angebot der Bar Manhattan.

i. **City – Management: Vorstellen und Diskussion der Studentenarbeit der Hochschule Luzern - Wirtschaft**

Begründung: Gerne erneuern wir unser Angebot, die studentische Arbeit der HSLU der Bevölkerung vorzustellen und dabei die City-Managerin einzubeziehen. Zum Beispiel erscheint uns der darin enthaltene Ansatz einer kostenlosen Beratung für Jungunternehmer und Startups durch die Stadt von Interesse.

Stellungnahme: Der Stadtrat ist irritiert, dass sich Michael Derrer auf eine Arbeit seiner Studierenden beziehend an die Medien wandte, die Arbeit der Studierenden auf Anfrage aber nicht zur Verfügung stellen wollte und stattdessen eine öffentliche Diskussion anbot. Aufgrund dessen verzichtet der Stadtrat auf eine Diskussion. Das City-Management hat eine Strategie mit klaren praxisorientierten Zielsetzungen und einem Aufgaben-Portefeuille. Diese strategischen Grundlagen wurden mit dem Führungsausschuss erarbeitet, dem Vertreter und Fachpersonen der Innenstadtmarketingvereinigung pro Altstadt, des Gewerbevereins und von Tourismus Rheinfelden angehören. Dieser Führungsausschuss lenkt die Aktivitäten des City-Managements.

j. **Regionalwährung**

Begründung: Es wäre nur ein kleiner Schritt von Kaufs-Gutscheinen zum Druck einer «Rheinfelder Währung». Diese wäre in erster Linie eine Touristenattraktion, könnte gleichzeitig aber auch als Rabattsystem für teilnehmende Läden und Restaurants dienen. Es existieren erfolgreiche Beispiele solcher Ansätze.

Stellungnahme: City-Management und Rheinfelden pro Altstadt arbeiten derzeit an der Ablösung des bisherigen Gutscheinmodells durch eine umfassende digitale Lösung, welche auch die einfache Verwaltung, den Onlinehandel und Marketing-Lösungen sowie eine Individualisierung der Anbietenden ermöglicht. Die neue Lösung wird voraussichtlich auf das Weihnachtsgeschäft hin eingeführt und erlaubt u. a. Gutscheine online zu beziehen und jederzeit standortunabhängig via Kasse, Smartphone, Tablet und PC einzulösen. Aus Sicht des Stadtrates ist es nicht realistisch, in den kleinstädtischen Strukturen ein Gutscheinsystem zu entwickeln, das sich zu einer Art Regionalwährung entwickelt.

k. **Stehende Welle**

Begründung: Rheinfelden könnte ein geeigneter Ort für eine stehende Surfing-Welle in Rheinfelden sein, nachdem diese in Basel abgelehnt wurde.

Stellungnahme: Stehende Wellen sind mobile Becken mit einer künstlichen Welle, die nach dem Vorbild einer Flusswelle konstruiert werden. Der Stadtrat zweifelt, ob eine Anlage dieser Art im Rhein bewilligungsfähig ist, würde eine diesbezügliche private Initiative aber prüfen und die nötigen Gesuchs- und Bewilligungsvoraussetzungen klären. Zu bedenken sind verschiedentlich auch Sicherheitsaspekte im offenen Gewässer und die Rheinschifffahrt sowie versicherungstechnische Fragestellungen. Zudem ist ein grosser Teil des Rheins bei Rheinfelden deutsches Territorium.

l. **Bereitstellen von Räumlichkeiten zur Schaffung kleiner Dienstleistungszentren in Aussenquartieren**

Begründung: Z. B. könnten Senioren solche Mini-Unternehmen führen, die das Leben der Bewohner erleichtern.

Stellungnahme: Der Stadtrat begrüsst unternehmerische Initiativen, ungeachtet des Alters und der Herkunft von Unternehmenden. Leider scheitern unternehmerische Ideen oft aufgrund von falschen Marktannahmen oder der Nichtbeachtung von gesetzlichen Voraussetzungen.

m. Ein eigenes Schiff für Rheinfelden

Begründung: Die Intention wäre nicht, die von Basel ausgehenden Fahrten zu ersetzen oder zu konkurrieren, sondern Vereinsfahrten, Geschäftsausflüge, Party-Fahrten, Hochzeiten, Musik- und Tanzanlässe für verschiedene Generationen usw. zu ermöglichen. Im Jahr 1995 scheiterte ein Projekt an der durch CH-Rheinfelden versagten Anlegebewilligung. Der damalige Initiator ist bis heute überzeugt, dass sich ein Schiff selbst tragen könnte und von der Stadt weder erworben noch subventioniert werden müsste. Welche Untersuchungen und Berechnungen wurden von der Stadt in dieser Hinsicht getätigt, initiiert oder begleitet, um unterschiedliche Optionen der Organisation, Finanzierung, Schiffgrösse usw. zu prüfen?

Stellungnahme: Auch der Stadtrat sieht den Betrieb eines Schiffes nicht als eine Aufgabe der öffentlichen Hand. Angebote für kleine Rundfahrten oder zu speziellen Anlässen wären aber zweifelsfrei eine Bereicherung. Vor diesem Hintergrund hat Tourismus Rheinfelden bereits in der Vergangenheit versucht, private Bootsbetreiber zu akquirieren und führt aktuell Gespräche mit einer privaten Anbieterin, die Interesse zeigt, mit einem kleinen Personenboot für Touren und spezielle Anlässe anzulegen. Gleichzeitig führt Tourismus Rheinfelden Gespräche mit einer Veranstalterin von Flussreisen.

n. Stimmrecht für ausländische Staatsbürger, die seit langem in Rheinfelden wohnen

Begründung: Z. B. nach 10 Jahren Aufenthalt, bei sauberem Leumund und Fehlen von Abhängigkeit von Sozialhilfe.

Stellungnahme:

Die Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Ausländerinnen und Ausländer wurde auf allen politischen Ebenen immer wieder diskutiert und auch immer wieder verworfen. Der Stadtrat teilt die Meinung des Regierungsrates des Kantons Aargau hierzu, der in der Stellungnahme zu einer Motion im 2021 festgehalten hat, dass zunächst eine Integration der ausländischen Wohnbevölkerung zu erfolgen hat, die ihren Abschluss in der ordentlichen oder erleichterten Einbürgerung findet. Mit der Einbürgerung und dem dazugehörenden Verfahren ist sichergestellt, dass die einbürgerungswilligen Personen die nötigen Kenntnisse unseres Systems aufweisen. Schliesslich teilt der Stadtrat auch die Meinung des Regierungsrats, dass auf allen drei Staatsebenen die gleichen Regeln bezüglich des Stimm- und Wahlrechts gelten sollten, sowohl was die Staatsangehörigkeit als auch den Umfang des Wahlrechts (aktives und passives Wahlrecht) der Stimmberechtigten betrifft.

### III. **BESCHLUSS**

Der Gemeinderat lehnt eine Finanzierung der Tätigkeiten des Vereins „Mehr Farbe für Rheinfelden“ aus erwähnten Gründen ab. Zu den Ideen nimmt der Stadtrat wie vorstehend Stellung.

**P.A. an:**

- Verein „Mehr Farbe für Rheinfelden“, Kupfergasse 17, 4310 Rheinfelden
- Stadtammann Franco Mazzi

Stadt Rheinfelden  
Gemeinderat



Franco Mazzi  
Stadtammann



Roger Erdin  
Stadtschreiber

Versand 25. August 2021